

gegnete, er halte die Ansichten und Urteile der im Ber- band seiner Delegation vertretenen Polen für außer- ordentlich wichtig für die Stellungnahme seiner De- legation in dieser Frage. Staatssekretär von Kühl- mann schloß hierauf die Sitzung mit der Bemerkung, daß ihn Wünsche der russischen Delegation entzweifelnd in der nächsten Sitzung die Ergebnisse der bisherigen Arbeiten zusammenfassend gebietet werden sollen. Die Delegation, ob das eben verlesene Dokument als eine offizielle Mitteilung der russischen Abord- nung anzusehen sei. Trotzli entgegenete, die eben vorgetragenen Ansichten seien natürlich nur in denjen- igen Grenzen gültig, welche die russische Delegation bei Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen festgesetzt ha- be, und innerhalb dieser Grenzen seien sie als offizielle Erklärungen anzusehen. Was über diese Grenzen hin- ausgehe, sei nur als informatives Material zu betrachten.

Eine Erklärung Kühlmanns.

Staatssekretär von Kühlmann gab hierauf folgende Erklärung ab: Ich finde es merkwürdig, daß in der- selben Sitzung, in welcher der Herr Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten den Vorwurf weit von sich weist, daß er die Verhandlungen verschleppe, er uns durch ein Mitglied seiner Delegation Ausführ- ert von dieser Sitzung verlesen läßt, für welche er dann halb und halb die Verantwortung ablehnt. Mir hat die eben verlesene Erklärung den Eindruck gemacht, daß sie durchaus zum Fenster hinausgeschoben wurde; und wie der Herr Vorsitzende der russischen De- legation zur Auffassung kommt, daß durch derartig rein agitatorische Vorkreden dem Fortschritt unserer Verhandlungen gedient werden soll, ist mir vollständig unklar. Ich für meine Person lehne es auf das Bestimmteste ab, von Seiten der russischen Delegation irgend welche Erklärungen entgegenzuneh- men, welche nicht von vornherein sich als offizielle Erklärungen der gesamten Delegation darstellen.

Eine Verdrehung Trozki's.

„Politiken“ veröffentlicht ein Interview mit Troz- ki, in dem dieser erklärt, im Jahre 1907 sei ein ge- heimer Vertrag zwischen Rußland und Deutsch- land abgeschlossen worden, wobei die Deutschen das Recht Rußlands anerkannt hätten, die Malayda- Inseln zu besetzen, mit der Versicherung, daß sie ein derartiges Vorgehen nicht als Verletzung der Pariser Konvention anerkennen würden. Hierzu ver- öffentlicht der deutsche Gesandte in Stockholm die Erklärung, daß der in Betracht kommende Passus nur von einer „eventuellen Abschaffung der Pariser Konvention“ spricht und unsere ganze Bindung Ruß- land gegenüber selbstverständlich an die Voraussetzung knüpft, daß es Rußland gelingen werde, die schwe- dische Zustimmung zu dieser Aushebung zu er- halten. Im übrigen gab damals Rußland die Versiche- rung ab, daß es nicht beabsichtige, die Malayda-Inseln zu besetzen. Endlich geht die Tatsache, daß Deutschland in West-Aktowol die Malaydafrage im schwedischen Sinne aufnahm, wo sich Schwedens russische Freunde befinden.

Eine litauische Kundgebung für Deutschland.

Anlässlich des Geburtstages des Deutschen Kaisers haben, so meldet die „Litauische Zeitung“, die Vertreter der Litauer Großen und Kleinen Lit- auen, Litauer Generäle, des deutschen Klubs „Lufu“ und des Kirchenvorstandes der deutschen evangelischen Gemeinden eine patriotische Kundgebung an den Reichstagskanzler gerichtet mit der Bitte, sie dem Kai- ser zu unterbreiten. Es heißt darin: „Stolz und freu- dig begehen heute wie in ganz Deutschland die in Litau- anwesenden Reichsdeutschen das Geburtstagsfest Eure Majestät mit dem heiligsten Wunsche für Eurer Majes- tät Wohlergehen. Auch die deutschen Einwohner Lit- auen nehmen daran in innigstem Anteil. Auch ihr Gebet ist Gott wolke Eure Majestät schützen und erhalten, obwohl wir noch nicht zum Deutschen Reiche gehören. Und doch war Deutschland zu allen Zeiten die geistige Heimat der Litauen, blieben die deutsche Sprache, der deutsche Glaube, das deutsche Gelfestleben der Stadt und Straßen, der sie in den Jahrhunderten der Fremdherrschaft und Unterdrückung aufrechterhielt. Daher leben auch die Unterzeichneten der festen Über- sicht, Eure Majestät werde die Bitte des zuständigen ausländischen Bundtages erfüllen und den vollen ver- fassungsmäßigen Wunsch des gesamten Bal- tenlandes an das mächtige Deutsche Reich herbeiführen.“ — Eine ähnliche Kundgebung hat mit dem Ausdruck seiner patriotischen Gefühle der Litauer Deutsche Frauenbund an den Deutschen Kaiser gesandt.

Die Fortsetzung des Krieges.

Ein neuer Balkanfeldzug? Der römische Mitarbeiter der „Stampa“ berichtet: Nach den Konferenzen in Versailles werde die neue Phase der Kriegführung der Verbündeten auch durch den Plan gekennzeichnet, die militärische und politische Tätigkeit auf dem Balkankriegsschauplatz demnächst wieder aufzu- nehmen. In Korfu wird eine politische Zusammenkunft zwischen Paschitsch und dem arabischen Minister Pakti angeklündet, um die Annäherung zwischen Italien, Serbien Griechenland zu veranlassen. Die Beziehungen zwischen diesen Ländern und Serbien scheinen nun begehrt zu sein, so daß das serbische Heer wieder tätig an dem Kampf teilnehmen wird. Die Balkanarmee der Alliierten wurde ferner durch bereits mobilisierte griechische Truppen ver- stärkt. Die Einführung eines einheitlichen Oberkomman- dos wird nordwärts unterbleiben. Die sogenannte Wandra- tier- oder Reservearmee wird aus Truppen aller Verbündeten zusammengesetzt sein, die wahrscheinlich unter dem Ober- befehl eines französischen Generals gestellt wird.

Die Frühjahrskampagnen.

Der „Secolo“ meldet aus Paris, daß sich die Fell- jahrskampagnen bereits ankündigen. Clemenceau hat den Parlamentarier mitgeteilt, Frankreich sei entschlossen, in diesem Jahre den Krieg um jeden Preis zu beenden.

Englands Hilfe.

Die „Daily Mail“ meldet: Die Alliiertenkonferenz in Versailles verpflichtete England zur Vergabe von weiteren rund 10 Milliarden Schilling Worschüsse an die Verbündeten, falls der Krieg bis Ende dieses Jahres noch andauern sollte.

Die Zustände in Rußland.

Anarchie und Belagerungszustand.

Aus Stockholm wird gemeldet: Auch am Montag und Dienstag wurden auf dem Wohnessensky-Prospekt in Peters- burg Läden geplündert. Bei dem sich hierauf entwickelnden Feuergefecht zwischen Militär und Plünderern wurden einige Duzend Menschen getötet und verwundet. Bei dem Versuch einer bewaffneten Parade, im muslimanischen Klub Geld zu erpressen, wurden der Klubvorsitzende Fürst Enga- lytschew und andere Personen erschossen. In einer Reihe von Stadtteilen wurden Lebensmittelgeschäfte von Frauen überfallen und ausgeplündert. „Daily News“ meldet aus Petersburg: Infolge der Unruhebewegung in Rußland und der verdächtigen Haltung verschiedener russischer Semstros wurde aber ganz Rußland der verschärfte Belagerungs- zustand verhängt. „Secolo“ meldet aus Petersburg: Da die russischen Semstros in wachsendem Maße Beschäfte gegen die Peterburger Regierung fassen, hat die letztere den ge- samten Drahtverkehr mit den Provinzen unterbunden.

Ein neuer Kosakenaufstand im Dongebiet.

Indirekt wird aus Petersburg gemeldet: Der Rat der Volksbeauftragten habe zuverlässige Nachrichten erhalten, nach denen im Dongebiet ein allgemeiner Kosakenaufstand ausge- brochen sei. Die ärmeren Schichten der Kosaken hätten sich gegen ihren Hetmann Kaledin und seine Anhänger er- hoben. In allen Städten des Dongebietes finden heftige Kämpfe statt, die denen die Kuffständigen die Oberhand be- hielten. General Kaledin sei nach Perlen geflohen.

Freilassung der Kriegsgefangenen in Rußland.

Die Pariser Blätter erfahren aus Petersburg, die Bri- tischen Sowjets sehen die Kriegsgefangenen in Freiheit, die in wahren Romadenslagen nach Petersburg strömen. In der Umgebung der Hauptstadt befinden sich über 40000 Gefangene ohne Ueberwachung.

Die Ereignisse in Finnland.

Die finnische Weiße Garde beherzigt nunmehr end- gültig Tornaa. Ein Teil des russischen Militärs ist in Tornaa gefangen genommen. Der Rest ist geflohen. Der russische Kommissar, der mit dem rumänischen Gesand- schaftspersonal nach Haparanda zu fliehen suchte, wurde ent- deckt und standrechtlich erschossen. Am 1. soll von den russi- schen Soldaten gekümt sein. Nordfinland befindet sich nunmehr in finnischen Händen. Die Eisenbahn von Tornaa ist als Saapamäki betriebsfähig.

Die Regierungskrise in Oesterreich.

Der Rücktritt des Kabinetts Seidler abgelehnt.

Der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler hatte, wie wir gestern mitteilten, dem Kaiser sein und seiner Mi- nisterkollegen Entlassungsgesuch überreicht. Daraus ist nun an den Ministerpräsidenten folgendes Kaiserliches Hand- schreiben ergangen: Ueber Ritter von Seidler! Im Ein- verständnis mit den übrigen Mitgliedern des Ministeriums haben Sie mir angelehnt die parlamentarische Situation die Bitte um Gewährung der Demission des gesamten Kabi- nettes unterbreitet. Da ich ganz besonderen Wert darauf lege, daß das mein volles Vertrauen besitzende und unter- den schwierigsten Verhältnissen bewährte Ministerium im Amt verbleibe, finde ich mich nicht bestimmt, der gestellten Bitte zu willfahren. Baden, 7. Februar. Karl.

Ein erster deutsch-tschechischer Zwischenfall.

Da die österreichische Regierung den deutsch-tschechi- schen Abgeordneten die Erfüllung der jahrzehntelang gestellten Forderung auf Errichtung eines rein deutschen Kreigerichts in Trautenau im Verordnungsweg zu- geschickt hat, drohen die Tschechen mit den schärfsten pa- rlamentarischen Mitteln. (Die Deutschen des Trautenauer Bezirks gehörten bisher zu dem tschechischen Kreigerichts- bereich Röniggrätz-Gölschn. Red.) Die Trautenau-Äffäre scheint eine kritische Wendung anzunehmen, da die Tschechen die als Kriegsfall bezeichnet und mit einer Vahmlegung des Abgeordnetenhauses drohen.

Ungarn und Deutschland.

Eine Debatte im ungarischen Abgeordnetenhause.

In der vorgestrigen Sitzung des ungarischen Abge- ordnetenhauses erklärte der Parteiführer Graf Mi- chael Karolvi, einer der größten Grundbesitzer Ungarns, er sei Anhänger des Bündnisses mit Deutschland, aber kein Anhänger einer Vertei- lung dieses Bündnisses, und zwar aus dem Grunde, weil nach seiner Ansicht Ungarn in ein Ab- hängigkeitsverhältnis zu Deutschland geraten würde. Nach seinem Dafürhalten sei auch die Bildung eines Mitteleuropas auf wirtschaftlicher Grundlage nicht heilsam, da es ein Haupthindernis bei der Einsetzung von Friedensverhandlungen bilden könnte. Der wirtschaftliche Anschlag an Deutschland, wie er jetzt von Regierungskreisen vorwiegend, verursache neue Konflikte und führe zur Vinderung der Werbekraft vor pazifischen Ideen, als deren begabtesten Anhänger Graf Karolvi sich bekennt. Er fügte jedoch hinzu, er sei nicht Anhänger eines Friedens um jeden Preis. Der Pazifismus werde eigentlich erst nach Friedensschluß einsetzen.

Ministerpräsident Dr. Wäferle erwiderte: Je- dermann, der gesehen habe, daß das Deutsche Reich vom ersten Augenblick an mit größter Energie und Be- reitschaft und mit dem größten Erfolge (allgemeiner selbstloser Opfer) an der Verteidigung unseres Vater- landes teilgenommen hat, jedermann, der jene Rich- tungen auf der Orienteseite bemerkt, welche die Zerstückelung unseres Landes durchsetzen wollten, der muß gerade vom nationalen Standpunkt aus eine

Politik befolgen, welche sich dem Festhalten an die- sem Bündnis nicht verschließen darf. (Debattete Zustimmung.) Von diesem Gesichtspunkt aus ist es unmöglich, irgend etwas gegen die Absicht einzubringen, daß wir das Bündnis wirtschaftlich vertiefen, wobei ich die Grenze, bis zu welcher wir gehen, ausdrücklich be- zeichnete, nämlich, daß wir unsere wirtschaftlichen Inter- essen vollkommen wahren und sowohl unsere handelspolitische Selbständigkeit, wie die Unabhängig- keit unserer Entscheidungen sichern müssen. Ungarn könne ohne Anschlag an ein großes Verbrauchergebiet nicht an eine Entwicklung seiner Landwirtschaft denken. Auch vom Standpunkt der Ordnung der Finanzen und der Erhaltung des Geldwertes sei ein großes Wirtschafts- gebiet empfehlenswert.

Die Kohstofffrage im französischen Senat.

Im französischen Senat beantwortete der Minister für Handel und Industrie Clementel eine Interpel- lation über die Pläne der Regierung hinsichtlich einer wirtschaftlichen Einigung mit den befreundeten und ver- bündeten Ländern. Er erinnerte an die Ernennung eines dauernden Wirtschaftsausschusses und setzte hinzu: Jeder muß sich bemühen, die nationale Erzeugung zu heben und die im Hinblick auf den Krieg von Frankreich im Auslande eingegangene beträchtliche Schuld zu til- gen. Deutschland ist mehr als jedes andere Land hinsichtlich der Kohstoffe oder Nahrungsmittel vom Auslande abhängig. Wir beabsichtigen nicht, einen wirtschaftlichen Angriffsbund zu gründen, wo- an aber Herren unserer Märkte bleiben und uns unsere Kohstoffe für uns, unsere Bundesgenossen und die uns sekundlich gestützten Neutralen vorbehalten. Wenn wir Deutschland unsere Tür verschließen, so geschieht es, weil es das gewollt hat. Der Senat nahm darauf folgende Tagesordnung an: Der Senat stellt fest, daß die Alliierten in den Kohstoffes eine wirtschaftliche Waffe erster Ordnung be- sitzen, die besonbers von unseren Feinden geschützt wird, und fordert die Regierung auf, durch eine Zusammen- fassung der wirtschaftlichen Anstrengungen in Frankreich und innerhalb der Entente das Mittel zu suchen, wo- durch diese von den Mittelmächten zur Wiederherstellung ihrer Industrie begehrten Hilfsquellen am besten aus- genützt werden.

Die Wirkungen der Streiks.

Eine Ministererklärung.

Im Haushaltsausschuß des Preussischen Abgeordneten- hauses erklärte der Minister des Innern bei der Er- örterung des Streikes in Berlin, es sei fomentiert, daß durch den Streik der Kriegswille Frankreichs und Englands verstärkt sei, und dadurch der Krieg verlängert werde. Auch wenn die Minister des Streikes diesen Zweck nicht ausdrücklich wollten, aber wissen mußten, daß dies die Folge sei, so seien sie des Landesverrats schuldig. Es sei unzweifelhaft, daß bei dem Streik die ersten Schüsse aus den Volksversammlungen heraus gefallen seien. Immerhin falle ins Gewicht, daß in Berlin von 180000 Arbeitern nur 180000 am Streik beteiligt gewesen seien, also circa 12 Prozent. In der Provinz sei die Betei- ligung noch viel geringer gewesen.

Ausländische Urteile.

Die Wiener „Neichspost“ weist auf die Wirkung des Streiks in den Staaten der Mittelmächte auf die Pol- schewiki hin und sagt, der Streik hätte auf der ganzen Linie gegen den Frieden gewirkt. Trotzli wäre in West-Aktowol noch abwesender geworden als bisher. Die Kosten bezahle das Volk, das für die Kriegsverlän- gerung büßen müsse. „Nieuws van den Dag“ in Rotterdam schreibt, es sei sehr wahrscheinlich, daß die neue Kriegserklärung des Verbandes von Versailles beeinflusst ist durch die Streikunruhen in Deutschland und Oesterreich, daß man durch die ersten Symptome des inneren Zusammen- bruches sieht und lieber die kommenden Dinge abwarten will, bevor man sich zu einer entgegenkommenden Hand- lung entschließt.

Verhaftung wegen Landesverrats.

In Fürtch in Bayern wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Führer der unabhängigen Sozial- demokraten, Hoppl, und ein zweiter Genosse wegen Lan- desverrats, befangen beim letzten Arbeiteraufstand, verhaftet.

Amerika und die Mittelmächte.

Frankische Zustimmung über Wilsons Haltung. In Paris ist die Nachricht eingetroffen, daß Prä- sident Wilson nach wie vor gewillt sei, sich in seiner Politik durch die von der übrigen Entente ge- troffenen Maßnahmen und Beschlüsse nicht betren- zu lassen. Er beabsichtigt, die Medien von Hertling und Agernin in selbständiger Weise zu beantwor- ten. Diese Nachricht hat die französische Regie- rung schwer verstimmt. Man befürchtet, daß Wilsons Sonderpolitik einen unangenehmen Einfluß auf die dip- lomatischen Unternehmungen Frankreichs, Englands und Italiens ausüben wird. Der französische Vorkämpfer in Washington wurde angezweifelt, die Beschränkungen der französischen Regierung Wilson vorzutragen. Der „Newport Herald“ meldet: Der Senat hat den Antrag des Präsidenten Wilson auf Erteilung un- beschränkter Vollmachten zum Abschluß von diplo- matischen und militärischen Verträgen während der Dauer des Krieges abgelehnt.

Amerikas militärische Hilfe.

Neuter meldet aus Washington: Der amerika- nische Kriegsminister hatte im Ausschuß für aus- wärtige Angelegenheiten zu entscheiden, um dort ein Kreuzverhör über seine Aussage zu bestehen, daß zu Beginn des Jahres eine halbe Million und zu Ende noch eine weitere Million amerikanischer Truppen auf französischem Boden stehen würden. Der Kriegsmini- ster erklärte, daß die Schätzung der letzten Zahl un- abhängig von der Frage des Schiffsraumes sei, da er